Aus der Sitzung des Gemeinderats vom 22. Oktober 2024

Eine Einwohnerin bezog sich auf die Ausführungen der letzten Sitzung. Bezüglich des Friedhofs wollte sie anmerken, dass sie Kies bzw. Platten zwischen den Gräbern nicht gut fände. Ältere Leute mit Rollator könnten dadurch Probleme bekommen. Auch die angesprochene Nachbesetzung erst nach fünfzig Jahren erscheint ihr sehr lange. Zudem sollte die Homepage angepasst werden. Insbesondere der Zugriff mit dem Handy ist aus ihrer Sicht nicht optimal.

Für folgende Baugesuche wurde das gemeindliche Einvernehmen erteilt:

- Vergrößerung der Lagerfläche durch Abgrabungen auf dem Betriebsgelände der Firma Schotter Teufel GmbH & Co. KG, Flurstück 236/3 auf Gemarkung Straßberg
- Balkonanbau im Erdgeschoss und Obergeschoss und Neubau eines Carports auf dem Grundstück Morstraße 1, Straßberg

Herr Seyboldt von der Forstverwaltung stellte den Hiebs- und Kulturplan sowie den Entwurf des Haushaltsplans 2025 vor. So wird für das nächste Jahr ein Gesamteinschlag von 2.880 Fm angestrebt. Weiter sind auf ca. 3,8 ha Kultursicherungsarbeiten, auf ca. 19,9 ha Jungbestandspflege und auf rund 11 ha Schlagpflegearbeiten vorgesehen.

Insgesamt sind bei der Haushaltslinie Holzproduktion Erträge von 235.645 EUR veranschlagt. Ausgaben werden mit 211.720 EUR angesetzt. Bei der Haushaltslinie Sozialfunktion sind Einnahmen mit 350 EUR und Ausgaben mit 11.900 EUR vorgesehen.

Gemäß Planung ergibt sich ein ordentliches Ergebnis von insgesamt 12.375 EUR.

Für die Kita „Schmeienzwerge" ist jährlich eine Bedarfsfortschreibung zu erstellen. Darin wird anhand der Geburten in Straßberg der Bedarf der kommenden Jahre an Kita-Plätzen ermittelt. Die Kita hat eine Betriebserlaubnis für sechs Gruppen mit insgesamt 117 Plätzen. Die Plätze reichen gerade so aus, um die Straßberger Kinder zu betreuen. Kapazitäten für die Aufnahme von Kindern, die nicht in Straßberg wohnen, sind nicht gegeben.

Der Räum- und Streudienst für die Winter 2024/2025 und 2025/2026 für die Lose 1 (Kaiseringen mit Teilbereich Straßberg) und 2 (Teilbereich Straßberg) wurde an Thorsten Bantle vergeben.

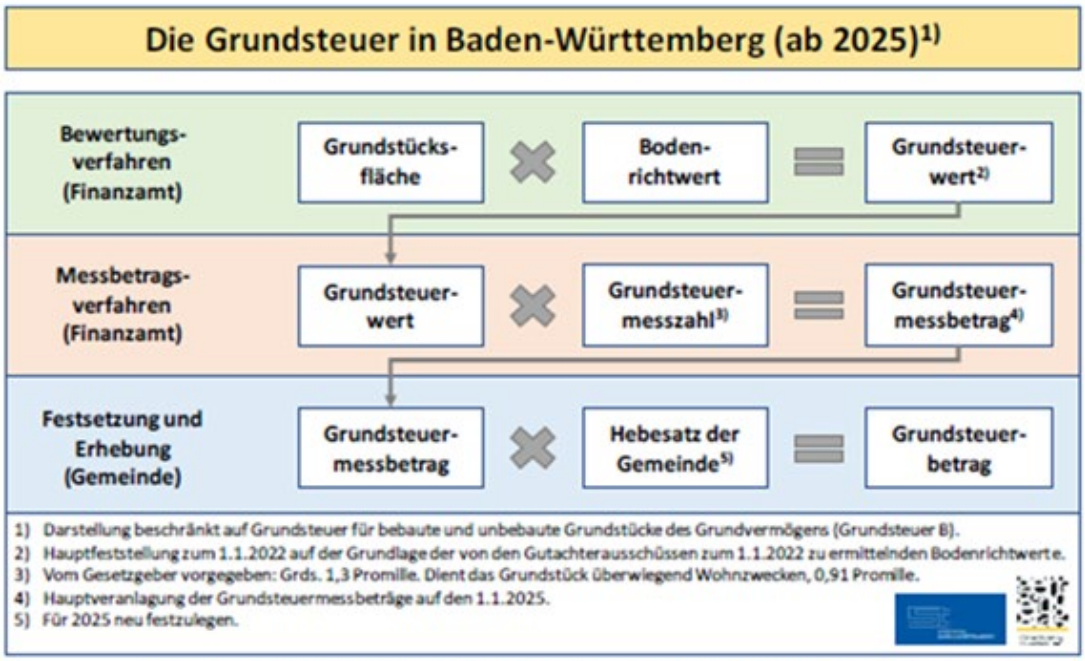
Die Erneuerung der EDV-Ausstattung des Rathauses wurde an den günstigsten Bieter vergeben. Dies ist die Firma All for it aus Bad Saulgau mit einem Angebotspreis von 41.065,71 EUR. Die Firma betreut die Gemeinde auch schon bisher.

Die Gemeindeverwaltung hat bislang das geografische Informationssystem (GIS) über das Landratsamt Sigmaringen bezogen. Das Sigmaringer Landratsamt darf dies ab nächstem Jahr nicht mehr anbieten und hat daher wie auch das Kreisvermessungsamt empfohlen, auf das kommunale Rechenzentrum komm.one zuzugehen. Das dortige Angebot beinhaltet einmalige Kosten in Höhe von 4.710,31 EUR und jährliche Kosten von 2.700,48 EUR. Das Angebot wurde vom Gemeinderat angenommen.

In der Schmeienhalle wird bei Veranstaltungen der Boden mit OSB Platten abgedeckt. Die Platten sind verschlissen. Der Gemeinderat hat daher die Neubeschaffung von OSB Platten beschlossen.

Die Gemeinde Straßberg ist am Gemeinsamen Gutachterausschuss der Stadt Albstadt beteiligt. Mit den bewilligten Fördergeldern wurde in den vergangenen Monaten die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels vorgenommen. Er behält seine Gültigkeit für vier Jahre, sofern er nach zwei Jahren der Marktentwicklung angepasst wird. Die durchschnittliche Nettomiete je m² über alle in Straßberg gesammelten Nettomieten unabhängig von allen Wohnwertmerkmalen beträgt zum Zeitpunkt der Datenerhebung 6,44 EUR/m². Ohne Zu- bzw. Abschläge liegt die Preisspanne zwischen 5,31 und 11,04 EUR/m².

Frau Seßler informierte umfassend über die Grundsteuerreform. In Baden-Württemberg sind Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) und Grundstücke des Grundvermögens (Grundsteuer B) steuerpflichtig. Das dreistufige Verfahren bleibt bestehen:



Grafik Grundsteuer in Baden-Württemberg ab 2025

Der Gemeinde kommt die Aufgabe zu, den Grundsteuermessbetrag mit dem Hebesatz der Gemeinde zu multiplizieren und den hierdurch errechneten Grundsteuerbetrag gegenüber den Steuerpflichtigen festzusetzen. In die Gesetzesbegründung wurde ein Appell zur Aufkommensneutralität aufgenommen, der besagt, dass das Grundsteueraufkommen die gleiche Höhe wie vor der Reform erreichen soll. Der Hebesatz sollte daran ausgerichtet werden. In Straßberg ergibt dies einen Hebesatz für die Grundsteuer A mit 301 v.H, für die Grundsteuer B von 428 v.H. Da die Festsetzung jeweils in Fünferschritten erfolgt, wurde für die Grundsteuer A der Hebesatz mit 305 v.H. und für die Grundsteuer B mit 430 v.H. jeweils ab 01.01.2025 beschlossen.

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird gemäß Entscheidung des Gemeinderats ab 01.01.2025 nicht erhöht, sondern bei 340 v.H. belassen. Im kommenden Jahr wird aufgrund der konjunkturellen Lage mit einem deutlichen Rückgang der Gewerbesteuer gerechnet. Es ist der Gemeinde jedoch wichtig, die Gewerbetreibenden nicht noch zusätzlich mit steigenden Steuern zu belasten.

Die obigen beschlossenen Hebesteuersätze wurden in einer Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzung) beschlossen.

Die Gemeinde Straßberg ist Gesellschafterin der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Zollernalbkreis. Die hierfür bestehende Satzung wurde überarbeitet und muss von den Mitgliedsgemeinden abgesegnet werden. Dies wurde mit Beschluss des Gemeinderats vorgenommen.

Bürgermeister Zeiser gibt folgende nichtöffentlich gefasste Beschlüsse bekannt:

- Beschluss des Gemeinderats vom 18.06.2024 über den Verkauf einer Teilfläche von Flurstück 194/24 mit ca. 84 qm an Sibylle Maute. Der Kaufvertrag wurde am 30.09.2024 notariell beurkundet.

- Beschluss des Gemeinderats vom 27.02.2024 über den Kauf des Flurstücks 200 im künftigen Baugebiet „Bölle II". Der Kaufvertrag mit Elfriede Gauggel wurde am 09.10.2024 notariell beurkundet.

Bürgermeister Zeiser informierte, dass die Grundplattform der gemeindlichen Homepage nicht mehr gewartet wird. Derzeit wird auf eine neue Plattform übertragen.

Gemeinderat Schmidt bat darum, in der Adlerstraße für Ordnung zu sorgen. Es steht ein Auto mit Plattfuß herum, zudem ausrangierte Waschmaschinen und Sperrmüll.

Gemeinderat Herre wies darauf hin, dass die zur Käfergruppe in der Kita führende Gartentüre nur sehr schwer handhabbar ist und bittet um Abhilfe.

Gemeinderat Koch bat darum, eine Geschwindigkeitsmessung in Kaiseringen vorzunehmen und die Messtafel anzubringen. Die Verwaltung geht wegen der Geschwindigkeitsüberwachung auf das Landratsamt zu.

In der Ebinger Straße sowie dem Eichenweg gab es Probleme mit der Beleuchtung, die mit der Baustelle Ödenburgstraße zusammenhängen.

Gemeinderat König hätte es begrüßt, die Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h bis zur Sonne auszuweiten und auch in der Berliner Straße auszuweisen.

Gemeinderat Koch berichtete von einer stark verrosteten Rutsche am Spielplatz Untere Breite in Kaiseringen. Er bittet um eine neue Rutsche.

Im Anschluss fand noch eine nichtöffentliche Sitzung statt.